



Koordinierungsstelle und Umweltbeauftragte: Divestment-Erklärung der Katholischen Kirche Österreichs ist prophetischer Schritt

Wien, 22. März 2019 – Die Koordinierungsstelle für internationale Entwicklung und Mission (KOO) und die Umweltbeauftragten der Katholischen Kirche Österreichs begrüßen die Entscheidung der Österreichischen Bischofskonferenz, allen Unternehmen, welche fossile Energieträger wie Kohle, Öl und Erdgas fördern bzw. produzieren, kirchliche finanzielle Mittel zu entziehen.

Aus Sicht der KOO und der Umweltbeauftragten ist es sehr erfreulich, dass sich die Österreichische Bischofskonferenz dazu entschlossen hat, dass innerhalb von fünf Jahren alle Diözesen, die Bischofskonferenz selbst und alle katholischen Einrichtungen in ihrem Wirkungskreis finanzielle Investments aus allen Unternehmen zurückziehen, welche fossile Energieträger (Kohle, Öl und Erdgas) fördern bzw. produzieren. Damit sei die Österreichische Bischofskonferenz nach Belgien und Irland die dritte Bischofskonferenz weltweit, welche ihr Divestment öffentlich erklärt.

„Mit ihrem Beschluss, die Divestment-Erklärung des Global Catholic Climate Movement (GCCM) zu unterzeichnen, hat sich die Österreichische Bischofskonferenz einer globalen Bewegung von über tausend Institutionen angeschlossen und ist konsequent dem Wissen gefolgt, dass das Verbrennen aller vorhandenen fossilen Energieträger zu unvorstellbaren Katastrophen führen wird“, meint Anja Appel, Geschäftsführerin der KOO. Derzeit haben weltweit schon 1030 Institutionen ihr Divestment erklärt – davon sind 28% Kirchen und Glaubensgemeinschaften. „Wir sehen die Folgen des Ressourcenverbrauchs und der dadurch ausgelösten ökologischen und sozialen Krisen tagtäglich in der Lebenssituation der Menschen in den Partnerländern, nicht nur im globalen Süden. Dass den Preis für unseren Lebensstil Menschen in anderen Erdteilen oder die Schöpfung als Ganze zahlen, ist unhaltbar. Wir Christinnen und Christen und unsere Institutionen stehen in der Verantwortung, die Schöpfung zu erhalten und sind der globalen Gerechtigkeit verpflichtet. Als Teil der Weltbevölkerung, die den Großteil der Treibhausgas-Emissionen produziert, müssen wir daher logischerweise deren Hauptursache bekämpfen, die Nutzung fossiler Energieträger.“ so Appel.

„Dieser Schritt zeigt das kohärente Bestreben der österreichischen Bischöfe auf, die Ziele des Pariser Klimaabkommens in ihrem Wirkungsbereich umzusetzen. Die Neuausrichtung der Finanzanlagen folgt den bereits 2015 beschlossenen Ökologiezielen in den Bereichen Energie und Beschaffung“, meint Hemma Opis-Pieber, Sprecherin der kirchlichen Umweltbeauftragten. Für sie ist es nicht länger möglich, wirtschaftliche Aktivitäten nur mit einer Profit-Logik zu betrachten und dabei zu ignorieren, dass damit ethische Verpflichtungen einhergehen: „Die Katholischen Institutionen haben daher nicht nur in Bereichen wie Energie, Mobilität, Gebäude und Beschaffung die Aufgabe, ihre ökologischen Auswirkungen zu reduzieren, sondern müssen auch ihre Finanzanlagen dahingehend überprüfen. Die Katholische Kirche in Österreich hat bereits 2017 ethische Veranlagungsrichtlinien beschlossen. Die jetzige Entscheidung setzt diesen Weg konsequent fort“ so Opis-Pieber.

„In Zukunft werden die Geldanlagen der katholischen Institutionen nicht mehr die Klimakrise anfeuern, sondern zur Bewahrung unseres gemeinsamen Hauses Erde beitragen. Wir hoffen, dass sich auch andere Institutionen dieser Bewegung anschließen“, meinen Appel und Opis-Pieber.